

Fragen der FDP-Fraktion zum Entwurf des Haushaltsplans 2023

| Nr. | Seite | Frage |
|-----|-------|---|
| 1 | 27 | <p>Auffallend und für die Finanzierung der Aufwendungen von großer Bedeutung ist die Zunahme bei den Zuweisungen und Zuschüssen von fast 6 Mill. €. Den größten Teil davon nimmt die Schlüsselzuweisung ein. Wir bitten um eine kurze Erklärung, was es mit der „Steigerung des Grundbetrages“ auf sich hat und wie nachhaltig diese Steigerung sein wird? In der mittelfristigen Finanzplanung (S. 39) sind die Werte nach der massiven Steigerung 2023 recht konstant.</p> <p>Basis des kommunalen Finanzausgleichs ist die Verbundmasse (Finanzausgleichsmasse). Die Bundesländer sind nach Art. 106 (7) GG verpflichtet, ihre Gemeinden am Länderanteil an der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer zu beteiligen (obligatorischer Steuerverbund).</p> <p>Die Steuerkraft wird zumeist aus der Summe der Steuerkraftzahlen der <u>Grundsteuer</u>, der <u>Gewerbesteuer</u> sowie des Einkommensteueranteils und Umsatzsteueranteils ermittelt. Die übrigen kommunalen <u>Einnahmequellen</u> (z.B. <u>Bagatellsteuern</u>, <u>Gebühren</u>, <u>Beiträge</u>) bleiben indes i.d.R. unberücksichtigt. Hinsichtlich der Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer werden einheitliche, z.T. nach <u>Größenklassen</u> gestaffelte, fiktive <u>Hebesätze</u> angesetzt, um sicherzustellen, dass die Hebesatzpolitik der Kommune keinen Einfluss auf den Finanzausgleich hat. Beim Einkommensteueranteil und Umsatzsteueranteil wird das Ist-Aufkommen oder ein bestimmter Prozentanteil herangezogen.</p> <p>Der Grundbetrag wird vom Hessischen Ministerium für Finanzen festgesetzt und gilt für alle Städte und Gemeinden in Hessen.</p> <p>Er richtet sich nach dem bundesweiten Gesamtaufkommen der Steuern. Bei hohen Steuereinnahmen des Bundes wird er entsprechend herauf, bei geringen Steuereinnahmen herabgesetzt. Der Grundbetrag wird mit der Einwohnerzahl multipliziert, um den Bedarf der Kommune zu ermitteln. Im Anschluss daran werden Steuerkraft und Bedarf gegenüber gestellt und 65% des Fehlbetrages zwischen Steuerkraft und Bedarf als Schlüsselzuweisung gewährt.</p> <p>Zur Nachhaltigkeit der Steigerung des Grundbetrages kann lediglich gesagt werden, dass die <u>Steuerschätzung Grundlage für die Festsetzung des Grundbetrages ist</u>.</p> |
| 2 | 27 | <p>Im Haushaltsjahr 2022 hat uns die unerwartet erfreuliche Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen „den Arsch gerettet“, um den Haushalt ausgleichen zu können. Für 2023 wurde laut Kämmerin ein Ansatz auf Basis der wahrscheinlichen Einnahmen im Jahr 2022 gewählt. 2022 gab es allerdings noch diverse Sondereffekte wie Corona-Hilfen, Einmalzahlungen etc. die die Bilanzen vieler Unternehmen aufhübschten. Negative konjunkturelle Aussichten und wegfallende Sondereffekte lassen niedrigere Gewerbesteuereinnahmen wahrscheinlich erscheinen. Würde der Magistrat der Aussage zustimmen, dass bei den Gewerbesteuereinnahmen das Risiko, den Plan nicht zu erreichen, größer ist als in den Vorjahren? Falls die Antwort „nein“ lautet: Warum nicht?</p> <p>Die Gewerbesteuererträge 2022 belaufen sich auf ca. 17,5 Mio €. Der Haushaltsansatz für 2023 sieht 16 Mio € an Erträgen aus Gewerbesteuer vor.</p> <p>Selbstverständlich besteht immer das Risiko, dass der Gewerbesteueransatz nicht erreicht werden kann. Allerdings ist den in der Frage genannten Risiken Rechnung getragen, indem der Haushaltsansatz nicht von 14 Mio € auf 17,5 Mio €, sondern nur von 14 Mio € auf 16 Mio € angehoben wurde.</p> |

| | | |
|---|-------|---|
| 3 | 29 | <p>Personalaufwendungen: Gerechnet wird mit einer tariflichen Steigerung von 3 %. Verdi ging in die nun gestarteten Tarifverhandlungen mit einer Forderung von 10,5 %. Eine Steigerung von 3 % wird die Gewerkschaft nicht akzeptieren. Ausgehend von Forderungen und tatsächlichen Abschlüssen der vergangenen Verhandlungen ist eher mit einem Kompromiss um 7 % Gehaltssteigerung zu rechnen. Ein solcher Abschluss würde also ein Haushaltsloch von rund 900.000 € gegenüber der Planung aufwerfen. Warum erfolgte die Planung so defensiv bzgl. der tariflichen Steigerung?</p> <p>Die Tarifforderung von Verdi wurde nach der Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfes veröffentlicht. Welche Steigerung die Gewerkschaft akzeptiert und ob diese bei 7% liegen wird, entzieht sich unserer Kenntnis.</p> |
| 4 | 29 | <p>Zinsen: Die Nullzinsphase ist vorbei, Verbindlichkeiten am Kapitalmarkt werden deutlich teurer. Welche Zinssätze für neue Kredite von Kommunen sind aktuell üblich? Was sind die durchschnittlichen Zinssätze der bereits laufenden Kredite?</p> <p>Die durchschnittlichen Zinsen bei einer Neuaufnahme für Kommunalkredite bei einer Laufzeit von 30 Jahren liegen aktuell bei 3,45 % (Stand 09.01.2023).</p> <p>Der durchschnittliche Zinssatz aller Darlehen der Stadt Rödermark beträgt 2,21%.</p> |
| 5 | 36 | <p>Sachaufwendungen: Seit vielen Jahren wird mit einer Kostensteigerung bei den Sachaufwendungen von 1 %/Jahr gerechnet. In Jahren niedriger Inflation erschien das gerechtfertigt. Seit 2 Jahren ist die niedrige Inflation allerdings passé. In vielen Bereichen betrug die Preissteigerung im vergangenen Jahr deutlich über 10 %. Selbst wenn die Kosten für Mieten und Nebenkosten an die KBR an die tatsächlichen Energiekosten angepasst wurden, erscheint dieses generelle Festhalten an dem 1-Prozent-Wert überholt und für die nächsten Jahre vollkommen unrealistisch. Warum verharret man dogmatisch bei 1 % und rechnet nicht mit 3 % oder sogar 5 %?</p> <p>Die maßgeblichen Sachaufwendungen in der Rubrik 130 steigen um rund 3,7 Mio €. Dies entspricht einer Steigerung von etwa 31% und sollte ausreichen, um die Sachkosten des Jahres 2023 bestreiten zu können. Weitere signifikante Positionen, wie z. B. Stromkosten für Straßenbeleuchtung werden über die Änderungsliste angepasst.</p> |
| 6 | 51 | <p>Stand der Verbindlichkeiten, Kreditmarkt: Zu Beginn des Haushaltsjahres 2023 wird mit Verbindlichkeiten in Höhe von 29 Mill. € gerechnet, das sind fast 13 Mill. € mehr als ein Jahr zuvor. Woher resultiert dieser enorme Anstieg?</p> <p>Der Anstieg in Höhe von rund 13 Mio € resultiert aus der veranschlagten Darlehensaufnahme für 2022 (6,533 Mio €) und Darlehen aus den Jahren 2021 und 2020, die mittlerweile aufgenommen sind.</p> <p>Der Haushaltsansatz sah vor der Änderungsliste eine Kreditaufnahme vom Kreditmarkt in Höhe von 7,8 Mill. € vor. Das wären dann rund 37 Mill. € Ende des Jahres. Laut der Übersicht auf Seite 51 soll der Stand Ende 2023 aber nur 16. Mill. € betragen. Wo sind die 21. Mill. € hin?</p> <p>In den Spalten 3 und 4 der Tabelle auf Seite 51 wurden die Zahlen der Spalten 3 und 4 teilweise vertauscht und nicht korrekt berechnet. Die Korrektur erfolgt in der Endaufbereitung zum Haushaltsplan.</p> |
| 7 | 59 | <p>Stellenplan: Für welche Tätigkeit wird die Beamtenplanstelle im FB 1 zusätzlich benötigt? Warum war es nicht möglich, die im SB 10 wegfallende Beamtenplanstelle zu streichen?</p> <p>Erläuterung erfolgt durch Herrn Bürgermeister Rotter.</p> |
| 8 | 59/60 | <p>Stellenplan: Beschäftigte Fb 1: 2022 mussten für den IT-Bereich plötzlich und ganz dringend 4 neue Planstellen nach Eg 9b geschaffen werden. Die FDP hat</p> |

| | | |
|----|-----|--|
| | | <p>damals kritisiert, dass der plötzliche Bedarfsanstieg unrealistisch ist, man IT-Fachkräfte mit einer Bezahlung nach Eg 9b kaum gewinnen kann und die Schaffung von weniger neuen, dafür aber besser bezahlten Planstellen vorgeschlagen. Dies scheint nun zum Teil umgesetzt zu werden. Wie viele der 2022 neu geschaffenen Planstellen nach Eg 9b in der Abteilung TUI konnten 2022 besetzt werden?</p> <p>Beantwortung erfolgt durch Herrn Bürgermeister Rotter.</p> |
| 9 | 109 | <p>Die prozentual höchste Steigerung bei den Gebäudekosten entsteht im Sb 9 Unterbringung von geflüchteten Menschen. Welchen Anteil an den Steigerungen haben die bestehenden Miet-/Gebäudekosten, die Nebenkosten dieser genutzten Gebäude und die Anmietung neuer Räumlichkeiten (Aufteilung auf die Konten 670010, 670021, 670030)?</p> <p>670010: Steigerung von 2022 nach 2023: 2.795,64 € 670021: Steigerung von 2022 nach 2023: 8.825,88 €</p> <p>Die Steigerungen bei den Konten 670010 / 670021 betreffen die Miete, welche die Stabsstelle für ihre eigenen Büroräume an die KBR zahlt. Die Bürofläche hat sich vermehrt, dadurch auch die Nettomiete. Neben der allgemeinen Kostensteigerung trägt auch die größere Bürofläche zu höheren Nebenkosten bei.</p> <p>670030: Steigerung von 2022 nach 2023: 690.280 € Die Steigerungen beim Konto 670030 (Mieten für angemietete Wohnungen, Nutzungsentgelte für GU's) erklären sich wie folgt:</p> <ol style="list-style-type: none"> Allgemein gibt es eine zunehmende Anzahl an Zuweisungen und dadurch eine höhere Auslastung der GU's. Das führt zu erhöhten Zahlungen. Bisher spielt die allgemeine Steigerung der Energie-/Nebenkosten keine Rolle, da über einen pauschalierten Tagessatz abgerechnet wird. In dem Ansatz ist jedoch noch nicht enthalten, dass die GU-Betreiber derzeit mit der Stadt über eine Erhöhung des Tagessatzes verhandeln wollen. Die GU Kreuzgasse wurde von 34 auf 60 Plätze ausgebaut. Dadurch steigen die an den Betreiber zu zahlenden Nutzungsentanschädigungen um rund 120 TE Euro. Bei der Berechnung des Ansatzes für 2023 ist die Verwaltung davon ausgegangen, dass im Jahr 2023 aufgrund der Zuweisungen des Kreises rund 220 zusätzliche neue Unterbringungsplätze benötigt werden. Dadurch entstehen zusätzliche Ausgaben für Nutzungsentanschädigungen. Diese wurden mit 520.000 Euro angesetzt. <p>Die Grafik ist sehr ungünstig, da abgeschnitten. Außerdem zeigt die logarithmische Darstellung die Dramatik des Anstiegs nicht auf. Besser zukünftig weglassen.</p> |
| | 122 | <p>BM Rotter hatte während der Diskussion um die Gendersprache angekündigt, eine Richtlinie auszugeben, dass Sonderzeichen in der Kommunikation der Stadt Rödermark nicht genutzt werden sollen, um zu verdeutlichen, dass alle Geschlechter gemeint sind. Auf Seite 122 tauchen Gendersternchen auf. Gibt es diese Richtlinie bereits? Falls ja: warum wird sie dann nicht angewandt?</p> <p>Beantwortung erfolgt durch Herrn Bürgermeister Rotter.</p> |
| 11 | 134 | <p>Konten 608909-608910: Allein 2022 sind die Preise für Lebensmittel um deutlich über 20 % gestiegen. Auch im Vorjahr war hier bereits ein Anstieg zu verzeichnen. Es wurde in der letzten Stavo eine Anpassung der monatlichen Essenspauschale aus diesen Gründen beschlossen. Aus diesen Gründen ist es völlig unverständlich, dass die Budgets für Lebensmittel und Getränke in den Kitas und Betreuungseinrichtungen nur um 0,8 % bzw. 5,8 % steigen sollen. Es ist mit moderaten Preissteigerungen kalkuliert worden, eine Anpassung über die Änderungsliste wird nicht vorgenommen, weil versucht wird, die Steigerung über das Budget aufzufangen.</p> |
| 12 | 135 | <p>Der Aufwand für die (Schul)Buslinien 45/46 sinkt auf 0. Was ist der Grund? Im Haushalt 2022 war ein Haushaltsansatz für die Nachfolge des Anruf-Sammel-Taxis</p> |

| | | |
|----|-----|--|
| | | kalkuliert. Zwischenzeitlich wurde der Hopper etabliert, welcher auf Konto 613930 veranschlagt ist. |
| 13 | 136 | <p>Konten 140: Normalerweise sind Abschreibungen recht konstante Angelegenheiten, die gut vorausberechenbar sind. Warum gibt es bei nahezu allen Abschreibungen teilweise sehr deutliche Veränderungen in beide Richtungen?</p> <p>Abschreibungen sind zwar, sofern die Kosten der zu schaffenden Anlagegüter nicht steigen, von ihrer Höhe her recht gut zu kalkulieren, allerdings sind Beginn und Fertigstellung von Baumaßnahmen oder der Zeitpunkt der Anschaffung von Anlagegütern nicht zuverlässig kalkulierbar. Somit kann im Vorfeld keine belastbare Aussage zum Datum der Aktivierung eines Anlagegutes getroffen werden. Um diese Unwägbarkeiten zu nivellieren, wird die Abschreibung für neue Anlagen regelmäßig mit dem Aufwand für ein Viertel des Haushaltsjahres kalkuliert.</p> |
| 14 | 136 | <p>Warum steigen die Zuschüsse an die Johanniter prozentual so viel stärker an als z.B. die Zuschüsse an die katholischen Kindergärten? Warum sinken die Zuschüsse an die Elternselbsthilfegruppen (VEF, Stoppelhopser, Rappelkiste)? Die "Mini-Kids" werden nicht mehr von einer Elterninitiative geführt, sondern sind in die Trägerschaft der Johanniter-Unfallhilfe übergegangen.</p> <p>Aus diesem Grund sinken die Zuschüsse an die Elternselbsthilfegruppen.</p> |
| 15 | 219 | <p>Wie kommt es zu den Steigerungen beim Personalaufwand im Fachbereich 2? Laut Unterlagen blieb die Zahl der Stellen konstant, alle Stellen waren bereits 2022 besetzt, es wird mit einer tariflichen Steigerung von 3 % gerechnet, der Personalaufwand soll allerdings um 17 % steigen. Die Höhergruppierung von 3 der 11 Beschäftigtenstellen rechtfertigt diesen Anstieg nicht.</p> <p>Ersatz für die Elternzeitvertretung in der Steuerverwaltung. Die sich in Elternzeit befindliche Kraft hat angekündigt, zum 01.04.23 mit verringerter Stundenzahl ihren Dienstbetrieb wieder aufzunehmen. Der Mitarbeitende wird dann in der FA Finanzen/Controlling eingesetzt.</p> <p>Auch die Steigerung des Sachaufwands um 50.000 € oder 28 %, von denen lediglich 19.000 € auf höhere Mieten und Nebenkosten zurückzuführen sind, bedarf einer Erklärung. Die für die Haushalt 2022 veranschlagte Einsparvorgabe in Höhe von 36.000 € ist im Haushalt 2023 nicht berücksichtigt.</p> |
| 16 | 256 | <p>Ziel der Stadtverordnetenversammlung ist es, die Lichtsignalanlage an der Frankfurter Straße (Kipferl-Kreuzung) mittelfristig durch einen Kreisverkehr zu ersetzen. Wie viel Sinn macht es daher, hier die Lichtsignalanlage zu erneuern?</p> <p>Es handelt sich nicht um die Kipferl-Kreuzung.</p> <p>Erneuert werden soll die bestehende Lichtsignalanlage B495, Rödermarkring/Frankfurter Straße.</p> <p>Hessen Mobil plant die Erneuerung der beiden Lichtsignalanlagen Frankfurter Straße und Carl-Zeiss-Straße.</p> |
| 17 | 272 | <p>Kennzahlen sollten nur eingeführt werden, wenn sie auch Sinn machen. Wenn man den Kennzahlen Glauben schenken kann, sollen 2023 Busse in Rödermark 600.000 km ohne Passagiere zurücklegen. Daher Kennzahl bitte streichen oder realistische Zahlen präsentieren.</p> <p>Die Kennzahl wird überprüft und wenn erforderlich in der Endausfertigung des Haushaltsplanes korrigiert.</p> |
| 18 | 279 | <p>Die Steigerung des Personalaufwandes im Fachbereich liegt trotz einer Zunahme um 2,5 Stellen und einer angenommenen tariflichen Steigerung von 3 % nur bei 1,8 %. Wie geht das? Anpassung des viel zu hohen Ansatzes 2022 an die Realität? Durch Fluktuation im gesamten Fachbereich sind teilweise jüngere Mitarbeitende eingestellt worden, was insgesamt zu geringeren Personalaufwendungen führt.</p> |